



**ip** Institut für  
Europäische Politik

Universität zu Köln

Institut für Europäische Politik

Arbeitskreis Europäische Integration e.V.

Cologne Monnet Association for EU Studies e.V. (COMOS)

## **Gemeinsame Tagung 2015**

**Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne? Taking stock of the ‚new‘ EU 2015**

19. – 20. Juni 2015, Berlin

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund

Tiergartenstraße 15, 10785 Berlin

Leonardo Royal Hotel Berlin

Otto-Braun-Straße 90, 10249 Berlin

Gefördert durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration sowie im Rahmen der Förderinitiative „Dialog Wissenschaft und Praxis“ durch die Hanns Martin Schleyer-Stiftung.

*Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.*



## Programm

Freitag, 19. Juni 2015	
<i>Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund, Tiergartenstraße 15, 10785 Berlin</i>	
12.00 Uhr - 13.30 Uhr <i>öffentlich (nach Anmeldung)</i>	<p><u>Begrüßung:</u> Volker Ratzmann (Leiter der Landesvertretung Baden-Württemberg)</p> <p><b>IEP-Mittagsgespräch: „TTIP als Herausforderung für das EU-Entscheidungssystem“</b> Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB Mitglied des Bundestagsausschusses für die Angelegenheiten der EU</p> <p><u>Moderation:</u> Dr. Katrin Böttger (Institut für Europäische Politik, Berlin)</p> <p><u>Rapporteure:</u> NachwuchswissenschaftlerInnen der Universität zu Köln</p>
13.30 Uhr - 15.00 Uhr	Mittagsimbiss
15.00 Uhr - 17.00 Uhr <i>Fachgruppe (nach Anmeldung)</i>	<p><b>Von Brüssel bis Straßburg: Die neubesetzten Institutionen der EU</b> <u>Vorsitz:</u> Prof. Dr. Hartmut Marhold (CIFE, Berlin/Nizza)</p> <p><u>Referenten:</u> Dr. Tobias Kunstein (Universität zu Köln) Dr. Nicolai von Ondarza (Stiftung Wissenschaft und Politik) Dr. Sven Vollrath (Deutscher Bundestag)</p> <p><u>Rapporteure:</u> NachwuchswissenschaftlerInnen der Universität zu Köln</p>
19.00 Uhr	Gemeinsames Abendessen (nach Anmeldung) <i>Restaurant Pila, Weinstraße 11, 10249 Berlin</i>
Samstag, 20. Juni 2015	
<i>Leonardo Royal Hotel Berlin, Otto-Braun-Straße 90, 10249 Berlin (Nähe Alexanderplatz)</i>	
09.30 Uhr - 11.00 Uhr <i>Fachgruppe (nach Anmeldung)</i>	<p><b>From Athens to London: Internal Challenges</b> <u>Vorsitz:</u> Cyril Gläser (Universität zu Köln)</p> <p><u>Referenten:</u> Oliver Höing (Universität zu Köln) David Schäfer (London School of Economics) Dr. Funda Tekin (Institut für Europäische Politik, Berlin)</p> <p><u>Rapporteure:</u> NachwuchswissenschaftlerInnen der Universität zu Köln</p>
11.00 Uhr - 11.30 Uhr	Kaffee und Tee
11.30 Uhr - 13.00 Uhr <i>Fachgruppe (nach Anmeldung)</i>	<p><b>From Damascus to Moscow: External Challenges</b> <u>Vorsitz:</u> Wulf Reiners (Universität zu Köln)</p> <p><u>Referenten:</u> Dr. Marzenna Guz-Vetter (Europäische Kommission, Vertretung Berlin) Dr. Nicole Koenig (Jacques Delors Institut, Berlin) Assist. Prof. Dr. Clara Portela (Singapore Management University)</p> <p><u>Rapporteure:</u> NachwuchswissenschaftlerInnen der Universität zu Köln</p>
13.00 Uhr - 13.30 Uhr	<p><b>Zusammenfassung der Konferenzergebnisse</b> Prof. Dr. Hartmut Marhold (CIFE, Berlin/Nizza) Prof. Dr. Wolfgang Wessels (Universität zu Köln)</p> <p><u>Rapporteure:</u> NachwuchswissenschaftlerInnen der Universität zu Köln</p>
13.30 Uhr - 15.00 Uhr	Gemeinsames Mittagessen (nach Anmeldung)

Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.

## Konferenzbericht

Mit Beiträgen von: *Linda Dieke, Marieke Eckhardt, Anne Lang, Christian Raphael, David Schäfer und Leonie Völker*

„Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne? Taking stock of the ‘new’ EU“. Unter dieser thematischen Maßgabe war das Ziel der Konferenz, neueste Entwicklung der Europäischen Union nach den Europawahlen 2014 zu diskutieren und zu bewerten. Das umfasste sowohl die institutionellen Entwicklungen der EU als auch die vielfältigen inneren und äußeren Herausforderungen von Grexit und Brexit bis zur Ukraine. Der Teilnehmerkreis setzte sich aus rund 50 Nachwuchswissenschaftlern, Studierenden, Professoren und EU-Experten zusammen. Zu Teilen der Konferenz war auch die interessierte Öffentlichkeit eingeladen.

Nach einer kurzen Begrüßungsadresse von Karin Böttger vom Institut für Europäische Politik stellte der Kölner Bundestagsabgeordnete *Heribert Hirte*, Mitglied des Europaausschusses des Bundestages und zuständiger Berichterstatter für TTIP, die Herausforderungen des transatlantischen Freihandelsabkommens dar. Hirte plädierte für den weiteren Abbau von Handelshemmnissen zwischen der EU und den USA. Er betonte, dass Freihandel den Wohlstand eines Landes erhöhe, da grenzüberschreitender Handel zu Effizienzgewinnen führe. Davon profitiere in erster Linie der Verbraucher durch Preissenkungen sowie eine größere Auswahl. Hirte forderte, durch TTIP einen Prozess zu initiieren, der technische Standards angleicht, ohne elementare Umwelt- oder Verbraucher Standards zu senken. Es gerate zudem häufig in Vergessenheit, dass die Bedenken gegenüber einer Absenkung gleichermaßen auf europäischer wie amerikanischer Seite bestünden. Die deutschen und amerikanischen Verbraucherinteressen lägen näher beieinander als häufig behauptet werde.

Der Vortragende identifizierte drei Gründe für die Emotionalisierung der Debatte: erstens die in Europa teils durch Vorurteile geprägte Sicht auf die USA; zweitens die Befürchtung, dass der Freihandel die Existenz kleiner und mittelständiger Unternehmen (KMU) gefährden könnte und disproportional großen Konzernen zu Gute käme; schlussendlich die umstrittene Einführung überstaatlicher Schiedsgerichte. Zwar stimmte Hirte zu, dass Schiedsverfahren anders ablaufen als nationale Verfahren. Allerdings verneinte er, dass man von intransparenten und undemokratischen Prozessen reden könne. Eine Einrichtung zwischenstaatlicher Institutionen führe nicht zu einer Entmachtung der demokratischen Gesetzgeber, da nationale Parlamente den Schiedsgerichten ja zustimmen hätten. Er regte an, durch Reformen die Transparenz und demokratische Legitimation internationaler Schiedsverfahren zu erhöhen. Beispielsweise sei es bisher in Deutschland dem Wirtschaftsministerium vorbehalten, nationale Richter an internationale Schiedsgerichte zu entsenden. Durch die Einbeziehung des Bundestags könnte die demokratische Legitimation der Richter gestärkt werden. Er plädierte zudem für ein kompetenzrechtlich gemischtes Abkommen, das sowohl dem nationalen als auch dem europäischen Gesetzgeber Kompetenzen übertrage.

*Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.*

Hirte kam zu der Schlussfolgerung, dass der Freihandel sowohl wirtschaftliche Effizienz erhöhe als auch im Interesse der Verbraucher liege. Verbesserungsvorschläge zur konkreten Ausgestaltung könnten jedoch helfen, die Verfahren transparenter und demokratischer zu gestalten, und hiermit die gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen. Das Ziel eines freieren Handels sei jedoch richtig und geboten.

### *Institutionelle Veränderungen in der Europäischen Union*

Nach dem Eröffnungsvortrag von Heribert Hirte folgte eine Diskussionsrunde zur Neubesetzung der EU-Institutionen. Im Einklang mit dem diesjährigen Tagungsmotto „Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne?“ beleuchteten die Referenten den neuen Arbeitskontext der Europäischen Zentralbank (EZB) im Rahmen der Bankenunion, die regierungsähnliche Neustrukturierung der Europäischen Kommission sowie die Herausforderungen für das neugewählte Europäische Parlament.

*Tobias Kunstein* von der Universität zu Köln wies darauf hin, dass im achten Jahr der Finanz- und Staatsschuldenkrise der Fortbestand der gemeinsamen Währung immer noch nicht gesichert sei. Zu den zahlreichen Maßnahmen der Nationalstaaten und der Europäischen Institutionen im Umgang mit den Krisen käme nun ein bedeutendes Projekt hinzu: die Europäische Bankenunion. Der Aufgabenbereich der EZB werde damit deutlich ausgeweitet. Sie erhalte einerseits die Aufsicht über die signifikanten Banken in der Eurozone, in die sie seit November 2014 direkt eingreifen könne. Zum anderen falle ab 2016 die Abwicklung von Banken in ihr Aufgabengebiet. Die schnellere Reaktionsfähigkeit auf kleine und mittlere Krisen sei von entscheidendem Vorteil. Diese Bündelung der Zuständigkeiten bei der EZB habe den Vorteil, dass die Bankenaufsicht von einer Institution mit hoher Reputation ausgeführt werde; in einer Beschädigung der EZB läge jedoch auch die größte Gefahr. Zwar sei ein Ausgleich von nationalen und internationalen Interessen gewährleistet, jedoch müsse die demokratische Kontrolle der EZB im Auge behalten werden.

*Nicolai von Ondarza* von der Stiftung Wissenschaft und Politik thematisierte die institutionellen Veränderungen der Europäischen Kommission. Der neugewählte Präsident Jean-Claude Juncker strebe eine „politische“ Kommission an, die mehr politischer Impulsgeber denn technokratische Überwachungsinstanz sei. Konflikte mit den Mitgliedstaaten seien unausweichlich. Ein weiteres Indiz für die politischere Rollenauslegung der Kommission sei, dass anders als in früheren Legislaturperioden viele Kommissare hohe Regierungserfahrung auf sich vereinten. Die Einführung von Spitzenkandidaten im Wahlkampf habe zu der Politisierung der Kommission beigetragen, diese sei allerdings nicht in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen eingetreten. Auch das Ziel einer höheren Wahlbeteiligung sei nicht erreicht worden.

Laut von Ondarza funktioniere die innovative Clusterordnung, in der die Vizepräsidenten größere Themenkomplexe angehen und die anderen Kommissare diesen zuarbeiten, überwiegend gut. Allerdings hätten sich auch Konflikte ergeben, etwa bei der Digitalstrategie zwischen dem Vizepräsidenten Andrus Ansip und dem Kommissar Günther Oettinger; unterschiedliche Zielvorstellungen seien in

*Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.*

diesem Fall durch Kompetenzstreitigkeiten verschärft worden. Skeptisch bewertete von Ondarza Junckers Entscheidung, den neuen Kommissaren Zuständigkeiten für die Bereiche zuzuteilen, in denen ihre Herkunftsländer Probleme hätten. „Den Bock zum Gärtner zu machen“ habe bislang wenige Früchte getragen.

*Sven Vollrath* vom Deutschen Bundestag thematisierte die unterschiedlichen Entwicklungen der Rolle des Europäischen Parlaments im Institutionengefüge: Einerseits sei das EP aus dem Vertrag von Lissabon gestärkt hervorgegangen und es berufe sich häufig darauf, als einzige direkt gewählte EU-Institution direkt demokratisch legitimiert zu sein. Auch habe Martin Schulz, der nun mindestens fünf Jahre das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments ausübe, die Akteurskompetenz des Parlaments ausgeweitet. Andererseits seien in den Krisen der vergangenen Jahre oft intergouvernementale Lösungen gefunden worden, die das Europäische Parlament – gerade in der wirtschafts- und haushaltspolitischen Koordinierung – faktisch außen vor ließen. Vollrath argumentierte, das Europäische Parlament habe neue Wege der Beteiligung gesucht, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. So habe es im Fall der Bankenunion und der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft versucht, durch Entschlüsse die Verhandlungen zu beeinflussen. Allerdings befand er, dass die vermehrte Nutzung des Trilogs, also der informellen Verhandlungen zwischen der Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament, die Transparenz des Gesetzgebungsprozesses schwäche. Diese sei auch den Mitgliedern des EPs selbst als Schwäche bewusst. Die Zusammenarbeit von Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten beurteilte Vollrath als ambivalent. Trotz der ähnlichen Natur und Grundsympathie füreinander gebe es doch eine Konkurrenzsituation, in welcher die Aufteilung der Zuständigkeiten nicht immer eindeutig sei und somit mehr Verwirrung als Transparenz schaffe. Insgesamt sei die Parlamentarisierung und die damit verknüpfte demokratische Legitimität des EU-Systems daher noch verbesserungsfähig.

#### *Die internen Herausforderungen – Brexit, Grexit und differenzierte Integration*

Die erste Diskussionsrunde am folgenden Konferenztag widmete sich den internen Herausforderungen der Europäischen Integration: „From Athens to London: Internal Challenges“. Die Vortragenden identifizierten die Differenzierte Integration, den möglichen EU-Austritt Großbritanniens und die Schuldenkrise in Griechenland als die größten Herausforderungen.

*Funda Tekin* vom Institut für Europäische Politik erläuterte die aktuelle Debatte um Differenzierte Integration – laut Tekin das „große Rauschen im Walde“, das in Zeiten von Krisen regelmäßig diskutiert werde. Stagnation, Probleme und Herausforderungen der Integration, sowie Erweiterungserwägungen seien maßgebliche Faktoren, die zu vermehrter differenzierter Integration führten. Es sei bemerkenswert, dass sowohl Kritiker als auch Befürworter der Europäischen Integration Konzepte der Differenzierten Integration unterstützen. In der Entwicklung der Debatte sei das „Rauschen im Walde“ lauter geworden. Aktuell werde das Konzept im Kontext des Brexits und Grexits sowie auf Grund von Stagnation der Integration, beispielsweise in Bulgarien, diskutiert. Differenzierte Integra-

*Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.*

tion käme als pragmatischer Krisenmechanismus zur Geltung, verdränge jedoch auch eine Vision über die Zukunft Europas. Es stelle einen Wendepunkt dar, dass eine rückwärtsgerichtete Integration Teil der Debatte sei und es nicht mehr nur um Instrumente für eine tiefere Integration gehe. Eine Einordnung könnte man im Kontext der Europäischen Einigung auf der Zeitachse nach einer kurz-, mittel- und langfristigen Ausrichtung vornehmen. Zudem unterscheide man nach primär- und sekundärrechtlichen Elementen, wie Schutz- und Ermächtigungsklauseln in den Verträgen, Minimalstandards, sowie nach intergouvernementalen Integrationsschritten außerhalb des EU-Rechtsrahmens. Differenzierte Integration trage hier zwar zur Komplexität bei, als Instrument zur Koordination einer heterogenen EU und als „modus operandi“ müsse sie zunächst aber positiv bewertet werden.

*David Schäfer* von der London School of Economics and Political Science (LSE) knüpfte an die theoretische Hinführung an und diskutierte einen möglichen EU-Austritts Großbritanniens. Laut Schäfer werde häufig nicht ausreichend beachtet, dass der britische Premierminister David Cameron in der Konservativen Partei unter massivem Druck stehe, die EU-Mitgliedschaft seines Landes neu zu justieren. Er stehe vor der Herausforderung, eine Spaltung der Partei zu vermeiden, was seinen politischen Spielraum sehr einenge. Nach Umfragen plädiere nahezu eine Zweidrittel-Mehrheit der Parteimitglieder für einen EU-Austritt; bis zu einem Drittel der Parlamentsabgeordneten der Konservativen seien dem euroskeptischen Flügel zuzurechnen. Der Begriff „Hinterbänkler“ sei daher irreführend. Skepsis sei jedoch angebracht, was die Aussichten auf weitgehende Zugeständnisse der anderen Mitgliedstaaten betreffe. Das Verständnis für die britischen Forderungen sei gering; zwar habe aufgrund der wirtschaftlichen, geopolitischen und auch symbolischen Bedeutung Großbritanniens für die EU niemand ein Interesse an einem britischen Austritt, jedoch fehle insbesondere in den süd- und osteuropäischen Staaten die Bereitschaft zu signifikanten Zugeständnissen. Es dürfe jedoch nicht vergessen werden, dass die Regierung anfangs müsse, die öffentliche Debatte an die Referendumsziele anzupassen. Zwar deuteten aktuelle Umfragen auf einen Verbleib in der EU hin. Doch wer – wie Cameron – für eine fortgesetzte EU-Mitgliedschaft plädiere, dürfe nicht nur „EU-Bashing“ betreiben, sondern müsse die Gründe für ein positives Votum im öffentlichen Diskurs erklären und die Bevölkerung überzeugen. Dieser Spagat sei für Cameron angesichts des Widerstands in seiner Partei schwierig zu bewerkstelligen.

*Oliver Höing* von der Universität zu Köln diskutierte den drohenden Austritt Griechenlands aus der Eurozone und betrachtete dadurch ein hochaktuelles Thema, da zum Zeitpunkt des Vortrages die Verhandlungen über die Verlängerung des zweiten Hilfspaketes noch in vollem Gange waren. Über die tagesaktuellen Debatten um Griechenland hinaus fokussierte Höing seinen Vortrag auf die strukturellen Probleme der Wirtschafts- und Währungsunion. Als nicht-optimaler Währungsraum sei sie zu heterogen und ihr fehle ein zentrales Entscheidungssystem. Höing wies dabei auf das Dilemma der Eurozone hin: die beiden in dieser Situation „natürlichen“ Optionen – Föderalisierung oder Desintegration – stünden im Grunde nicht zur Verfügung. Eine Föderalisierung der Eurozone würde eine Zentralisierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitiken bedeuten, die mit kaum überwindbarem politischem Widerstand einherginge. Eine Rückkehr zu nationalen Währungen würde die Gefahr eines

Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.

Kontrollverlusts bergen und stelle bislang keine Option dar. Höing diskutierte als dritten Weg einen Exekutiv-Föderalismus, in dem die nationalen Regierungen kollektiv eine Wirtschaftsregierung bildeten. Problematisch seien jedoch erhebliche Legitimationsdefizite, da nationale Vetomöglichkeiten durch intransparente Ausgleichszahlungen oder einer Etablierung von Verträgen außerhalb des Rechtsrahmens der EU umgangen werden könnten. Zur Sicherstellung der Umsetzung solcher Verträge müssten zudem EU-Institutionen mit Kontrollrechten ausgestattet werden, die die Rechtsgrundlage des gemeinsamen Handelns noch diffuser gestalten würden. Letztlich sei allerdings wahrscheinlich, dass Schritte in Richtung Exekutivföderalismus unternommen würden, da sie sowohl die wirtschaftliche Notwendigkeit vermehrter Koordinierung als auch den Widerstand der Mitgliedstaaten gegen weitere Souveränitätsabgaben versöhnen könnten.

### *Die externen Herausforderungen – von Damaskus nach Moskau*

Nach den inneren Herausforderungen widmete sich die Konferenz mit dem folgenden Panel den äußeren Herausforderungen: „From Damascus to Moscow: External Challenges“. Passend am Weltflüchtlingstag informierte *Nicole Koenig* vom Jacques Delors Institut in Berlin über die Flüchtlingskrise im Mittelmeer. Koenig wies mit eindrucksvollen Zahlen auf das Ausmaß der Flüchtlingsproblematik hin. Seit 2000 hätten Migranten bis zu 16 Milliarden Euro ausgegeben, um übers Meer nach Europa zu gelangen. In der ersten Hälfte des aktuellen Kalenderjahres seien bereits 1800 Menschen bei diesem Versuch ertrunken – fünfmal so viele wie im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Allein im April seien bei einem Schiffsunglück vor der libyschen Küste 800 Flüchtlinge umgekommen.

Koenig ging anschließend näher ein auf die daraufhin vom Europäischen Rat beschlossene militärische Operation „European Union Naval Force“ und deren Aufgabe, den Menschenhandel und -schmuggel im Mittelmeer zu bekämpfen. Das Ziel der Mission sei es, den von der libyschen Küste kommenden Menschenschmuggel zu überwachen und einzudämmen. Koenig wies jedoch auf eine Reihe von Schwierigkeiten und Risiken hin. So benötige man zur rechtlichen Autorisierung entweder ein Mandat der Vereinten Nationen oder die Zustimmung der libyschen Regierung. Das Problem sei jedoch, dass die international anerkannte libysche Regierung nur etwa die Hälfte der Küste kontrolliere. Die unübersichtliche Situation im libyschen Bürgerkrieg führe zu einer diffusen Gefährdungslage, weshalb die Operation als gefährlich anzusehen sei. Zugleich machte Koenig deutlich, dass die Militärmission nur Symptome kurieren könne – und nicht die Probleme in den Herkunftsländern, die die Flüchtlinge erst aufs Mittelmeer treiben.

*Marzena Guz-Vetter* von der Berliner Vertretung der Europäischen Kommission referierte zu zwei weiteren Herausforderung an den Außengrenzen der EU: die Situation in der Ukraine sowie die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Die Lage im Konflikt sei angespannt, so Guz-Vetter. Der größte Erfolg in den Verhandlungen sei bisher das Minsker Abkommen gewesen, das aber nicht vollständig umgesetzt wurde. Positiv zu vermerken sei, dass die EU-Mitgliedsstaaten in Sachen Sanktionen bisher einmütig entschieden hätten. Es gelte insbesondere, die Situation in Griechenland im Auge zu behalten, das im Falle eines Austritts aus der Eurozone näher an Russland heranrücken könnte.

*Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.*

Guz-Vetter bewertete die Ereignisse auf dem Maidan in Kiew als Wendepunkt: Russland, das zuvor wenig interessiert an den Ländern der Östlichen Partnerschaft gewesen sei, habe sich vor den potentiellen Folgen ähnlicher Bewegungen gesorgt. Nach der Annexion der Krim und russischen Waffenlieferungen in die Ukraine habe es für die EU keine andere Möglichkeit gegeben, als Sanktionen zu verhängen. Angebote der Europäer zur Modernisierung Russlands seien in den vergangenen Jahren mehrmals unternommen, jedoch nicht erwidert worden. Zudem sei die Informationspolitik innerhalb der EU eine wichtige und weiter zu stärkende Aufgabe angesichts der Tatsache, dass russische Medien hier sehr aktiv seien – auch in Deutschland und insbesondere über das Internet.

An die Thematik der EU-Sanktionen knüpfte *Clara Portela* von der Singapore Management University an: Sie beschäftigte sich mit der Frage ihrer Effektivität. Sanktionen seien keinesfalls ein neues Phänomen, so Portela, hätten jedoch seit Beginn der 1990er Jahre stark zugenommen. Nicht nur, dass die EU mehr Sanktionen als andere regionale Organisationen verhängt – sie sei außerdem die einzige unter ihnen, die Sanktionen gegenüber externen Staaten verhängt. Die Sanktionen könnten mit verschiedenen Zielen vergeben werden. Die Forschung fokussiere sich einseitig auf eine angestrebte Veränderung des Verhaltens des Ziellandes; jedoch könnten sie auch dem Zweck dienen, Waffenlieferungen aufzuhalten, die demokratische Opposition zu stützen oder einen Krieg zu verhindern. Im Falle der EU könnten Sanktionen auch als identitätsbildend gesehen werden. Dabei sei ein Wandel zu konstatieren: es handele sich mittlerweile um zielgerichtete Sanktionen gegenüber den verantwortlichen Eliten eines Landes, nicht mehr um umfassende Sanktionen gegenüber der gesamten Wirtschaft eines Staates, die überwiegend zu Beginn der 1990er Jahre verhängt wurden und große Auswirkungen auf die Bevölkerung entwickelten.

Ob diese Sanktionen mehr Effekt haben, müsse sich noch endgültig zeigen. Die Frage, die sie derzeit aufwerfen, sei, ob sich europäische Sanktionsmaßnahmen von ihrem neuerworbenen zielgerichteten Charakter wieder zurück hin zu einem umfassenden Charakter entwickeln, der nicht nur Eliten, sondern ganze Gesellschaften trifft. Eine Reflektion darüber, was das für den Charakter der EU bedeuten könnte, fehle bisher, so Portela.

#### *Ein Fazit: Business as usual auf der Insel der Glückseligkeit?*

Abschließend ordneten der COMOS-Vereinsvorsitzende *Hartmut Marhold* und *Wolfgang Wessels* von der Universität zu Köln die Ergebnisse der Konferenz in den allgemeinen europäischen Kontext ein. Marhold betonte, die Tagung habe es den Teilnehmern ermöglicht, die aktuellen Probleme und Herausforderungen der EU sowohl aus einer innereuropäischen Perspektive als auch aus der Sicht von außen auf die EU zu betrachten. Dabei herrsche Konsens, dass der derzeitige Stand der europäischen Einigung nur dann aufrechterhalten könne, wenn die EU in Zukunft weiter ihre Flexibilität nach innen unter Beweis stelle. Die Außenperspektive wiederum habe es ermöglicht, die innereuropäischen Verwerfungen in einen globalen Kontext einzuordnen. Es habe sich gezeigt, dass die EU im Vergleich

*Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.*

zu ihrem direkten Umfeld eine „Insel von Wohlstand und Frieden“ sei. Während die Zahl an „failed states“ in unmittelbarer Nähe zu Europa zunimmt, müsse zumindest die Frage aufgeworfen werden, ob sich die derzeitigen Krisen innerhalb der EU nicht relativieren ließen. Vielleicht ließe sich damit sogar ein gewisses Maß an Gelassenheit und Abgeklärtheit im Hinblick auf anstehende Verhandlungen um den Verbleib Großbritanniens in der EU und Griechenlands in der Währungsunion erreichen.

Wessels griff zusammenfassend hingegen die zentrale Fragestellung der Konferenz auf, ob nach den letztjährigen Europawahlen tatsächlich von einem Neuanfang gesprochen werden kann. Dabei hob er drei Themenkomplexe hervor, die seiner Ansicht nach zukünftig entscheidend für die Beantwortung der Frage sein werden, ob die Entwicklung der EU hin zu mehr oder weniger Europa führen wird. Als ersten entscheidenden Punkt nannte auch er die Szenarien eines Brexit und eines Grexit. Es sei wichtig, eine eindimensionale Perspektive zu vermeiden; sowohl ökonomische als auch aus geopolitische Überlegungen müssten zur Geltung kommen. Auf der anderen Seite stehe vor allem ein Großteil der osteuropäischen EU-Staaten, denen nichts fernerläge, als auf einen Austritt aus der EU hinzuwirken. Wessels äußerte resümierend die Überzeugung, dass eine EU ohne Großbritannien oder Griechenland jedoch handlungsfähig bliebe.

Als zweiten Punkt lenkte er den Blick auf die institutionelle Dimension der Betrachtung der EU. Es sei ein Jahr nach der Europawahl noch nicht eindeutig absehbar, ob sich Donald Tusk, der Präsident des Europäischen Rates, tatsächlich anders in die politischen Entscheidungen einbringen werde als sein Vorgänger, Herman Van Rompuy. Ebenso seien lediglich Zwischenergebnisse in Bezug auf die Parlamentarisierung des Europäischen Parlaments durch die erstmalige Benennung von Spitzenkandidaten sowie die Wahl des Präsidenten des Europäischen Rates durch eben jenes Parlament möglich. Schließlich sei als dritter Punkt die Entwicklung der maßgeblich für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Akteure entscheidend. Die derzeitige eher informelle Hegemonie des Duos Merkel-Holland, das insbesondere bei den Verhandlungen mit der Ukraine und Russland im Normandie-Format in Erscheinung trat, habe maßgeblich zu einer Schwächung der europäischen Institutionen geführt, in deren Aufgabenbereich eine koordinierte Außendarstellung gefallen wäre. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen, werde dies zu einer größeren Intransparenz und infolge dessen geringeren Legitimation der EU führen. Abschließend befand Wessels das vergangene Jahr seit den Wahlen zum Europäischen Parlament als hauptsächlich „business as usual“, was die tatsächlichen Auswirkungen der Wahl anbelangt. Insofern konnte die COMOS-Konferenz nach dieser kurzen Zeit lediglich einen „Schnappschuss“ liefern. Dieser erwies sich jedoch in der Summe als überaus hilfreich.

Der Tagungsbericht wird veröffentlicht in der Zeitschrift *integration*, Ausgabe 4/2015.

Eine Dokumentation der Tagung mit Fotos findet sich auch im Internet unter: <http://www.comos-cologne.eu/>.

*Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.*

## Evaluation

Wie aus persönlichen Gesprächen und der Auswertung der anonymen, schriftlichen Evaluationsbögen hervorging, wurde die Tagung von allen Teilnehmer\*Innen als große Bereicherung und voller Erfolg wahrgenommen. Nicht nur der inhaltliche Zuschnitt, die wissenschaftliche Erarbeitung aktuellster Themen, sondern auch die Vorträge und die Vortragenden wurden von der großen Mehrheit der Teilnehmer\*Innen als sehr interessant und gut ausgewählt bewertet. In der Bewertung gaben die Teilnehmer ebenfalls an, durch die gewonnenen Einsichten die aktuellen Geschehnisse besser einordnen zu können, was angesichts der fortwährenden Entwicklungen von nachhaltigem Wert sein kann. Indem sich die Veranstaltung unter Einbeziehung von Akademiker\*Innen und Praktiker\*Innen aktuellen politischen Fragen mit europäischem Bezug widmete, bot sie eine wichtige Quelle neuen Wissens für das Gros der Veranstaltungsteilnehmer\*Innen. Für Studierende ergab sich außerdem die Gelegenheit, akademische und berufspraktische Einsichten außerhalb des gewohnten Umfeldes von Hörsaal zu gewinnen und dabei mit Dozent\*Innen, Absolvent\*Innen, Praktiker\*Innen und Journalist\*Innen (siehe Teilnehmer\*Innenliste) ins Gespräch zu kommen. So stellten „Networking“ und der informelle Austausch von Gedanken als integrale Bestandteile der Tagung weitere Aspekte dar, die in der Evaluation besonders positiv hervorgehoben wurden.

Die Veranstalter und Teilnehmer der Tagung bedanken sich bei der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, der Europäischen Kommission und dem Arbeitskreis Europäische Integration für die wertvolle Unterstützung, ohne welche die Durchführung der COMOS-Tagung 2015 nicht möglich gewesen wäre. Der effiziente Einsatz der zur Verfügung gestellten Mittel konnte dazu beitragen, das Profil aller Kooperationspartner außenwirksam zu schärfen.

*Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.*

## Teilnehmerliste

	Name	Vorname	
1	Ahler	Nicole	University of Cologne
2	Altınbaş	Selcen	Turkish German University
3	Başlantı	Arzu	Turkish German University
4	Bayrakli	Enes	Turkish German University
5	Bethig	Anita	University of Cologne
6	Böttcher	Manfred	Volkshochschule Viersen
7	Böttger	Katrin	Institut für Europäische Politik (IEP)
8	Brückner	Uli	Stanford/NYU
9	Büyükbay	Can	Turkish German University
10	Çelik	Çiğdem	Turkish German University
11	Dieke	Linda	University of Cologne
12	Dietrich	Armin	Berlin
13	Doğan	Esmu Muheyne	Turkish German University
14	Eckhardt	Marieke	University of Cologne
15	Ertin	Deniz	University of Cologne
16	Eschenbach	Marijke	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Moldau
17	Eskidelvan	Fulden	University of Cologne
18	Flessenkemper	Tobias	elbarlament GmbH
19	Giesen	Juliane	Institut für Europäische Politik
20	Gläser	Cyril	University of Cologne
21	Gökhan	Cengiz	Turkish German University
22	Gottwald	Marlene	Steinbeis Stiftung
23	Guldner	Gerhard	Heidelberg/Berlin
24	Guz-Vetter	Marzenna	Europäische Kommission, Vertretung Berlin
25	Hauge	Hanna-Lisa	University of Cologne
26	Heftler	Claudia	University of Cologne
27	Höing	Oliver	University of Cologne
28	Hoffmann	Elisabeth	Berlin
29	Holst	Henrik	German Council on Foreign Relations (DGAP)

Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.

30	Junghans	Gesa	PKS GmbH
31	Koenig	Nicole	Jacques Delors Institute
32	Krumbein	Frédéric	Arbeitskreis Europäische Integration (AEI)
33	Kunstein	Tobias	University of Cologne
34	Kutay	Muhammet Taceddin	Turkish German University
35	Lang	Anne-Sophie	University of Cologne
36	Müller Gómez	Johannes	University of Cologne
37	Oeter	Alice Anna	University of Cologne
38	Marhold	Hartmut	Centre international de formation européenne (CIFE)
39	Nasshoven	Yvonne	Auswärtiges Amt
40	Portela	Clara	Singapore Management University
41	Raphael	Christian	University of Cologne
42	Rathke	Hannes	Deutscher Bundestag
43	Raspotnik	Andreas	University of Cologne / Fridtjof Nansen Institute, Oslo
44	Reiners	Wulf	University of Cologne
45	Schäfer	David	London School of Economics and Political Science
46	Schmermund	Katrin	University of Cologne
47	Schröder	Mirja	University of Cologne
48	Schweiker	Marc	Landesvertretung Baden-Württemberg beim Bund
49	Steinicke	Stefan	Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
50	Stroß	Simon	Auswärtiges Amt
51	Tekin	Funda	Institut für Europäische Politik (IEP)
52	Traguth	Thomas	University of Cologne
53	Trappe	Christina	Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Büro Brüssel
54	Vollrath	Sven	Deutscher Bundestag
55	Völker	Leonie	University of Cologne
56	von Ondarza	Nicolai	Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
57	Wessels	Wolfgang	University of Cologne
58	Windheuser	Birte	University of Cologne

Mit Unterstützung durch die Europäische Kommission, den Arbeitskreis Europäische Integration und die Hanns Martin-Schleyer-Stiftung.